

MITTLINKS ^{August} 1/11

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

WOHNRAUM IS,
KEINE WARE

MIETEN RUNTER

ASTRATURM
BEWOHNEN

NoBNQ &
ESSO HÄUSER

Wir bleiben!
Was dagegen

Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Foto:
Matthias Krüttgen

hier ist nun die erste Ausgabe unserer Fraktionsbroschüre nach der Neuwahl, die insbesondere für die Bezirksversammlungen ja ziemlich überraschend kam. So etwas wird es nicht wieder geben, denn nunmehr gilt das neue Wahlgesetz, das die Wahlen zur Bezirksversammlung mit den Europawahlen verknüpft.

Wir haben die „Sommerpause“ genutzt, einiges zu Papier zu bringen, was uns unter den neuen Bedingungen in der Bezirksversammlung begegnet ist. Nunmehr agiert dort ja die SPD (25 von 51 Sitzen) mit wechselnden Mehrheiten, formal gibt es kein „Rot-Grün“ mehr. Dessen ungeachtet hat eine ganz große Koalition aus SPD, CDU, GAL und FDP Zuschnitt und Größe der Ausschüsse so verändert, dass DIE LINKE in vielen Ausschüssen nur noch einen Sitz hat, während der SPD überall die absolute Mehrheit zufällt, die sie in der Bezirksversammlung nicht hat.

Gleichzeitig hat sich die SPD großzügig gezeigt und den Sprecher der FDP (von Beruf Immobilienmakler) auf ihr Ticket in die Kommission für Stadtentwicklung sowie in den Bau- und den Stadtplanungsausschuss entsandt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Geblichen ist es bei der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen SPD-Fraktion und Herrn Bezirksamtsleiter Schreiber. Jede populistische und der Presse zugespülte Idee des Chefs wird von der SPD bejubelt und als eigene Initiative betrachtet, zum Beispiel das Rauch- und Trinkverbot auf Spielplätzen (dazu hinten mehr).

Ich wünsche eine interessante Lektüre,

mit freundlichem Gruß,

Bernhard Stietz-Leipnitz

Abgeordneter aus St. Georg, Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Wir sind wieder da, auch wenn es einigen nicht gefällt.....	3	Wohnen südlich der Elbe.....	16
DIE LINKE rügt Bezirksamtsleiter Markus Schreiber.....	5	Manfred Schubert	
Christine Detamble-Voss		Die bewundernswerte Großzügigkeit von igs-Managern.....	18
Rauchende Köpfe wegen ein paar Glimmstängeln.....	7	Renate Hercher-Reis	
Christine Detamble-Voss		Wie Planern immer die Wirklichkeit in die Quere kommt	18
Endlich mehr bezahlbare Wohnungen?!.....	8	Renate Hercher-Reis	
Bernhard Stietz-Leipnitz		Planungen zur Doppelrennbahn begraben!.....	20
Für die Erinnerung an alle Opfer politischer Repression	10	Dr. Joachim Bischoff (MdHBü), Antje Schellner und Michael Joho	
Große Zustimmung für die Hamburger Energiewende	12	Horner Freiheit – für wen und wie lange?.....	22
Sandra Clemens		Marion Fisch, Joachim Bischoff	
Bayern-Imperium bedroht Kiez-Nachbarschaft	13	Strom – aus Atom	25
Markus Schneider-Johnen		von Georg Huber 2011	
		Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.....	26

Erklärung der Linksfraktion in der konstituierenden Sitzung der Bezirksversammlung Hamburg Mitte am 24.3.2011

Wir sind wieder da, auch wenn es einigen nicht gefällt

Und wir sind fünf gleichwertige und gleichberechtigte Fraktionsmitglieder mit im Detail durchaus unterschiedlichen Sichtweisen, die aber alle auf der Basis des Bezirkswahlprogramms der LINKEN kandidiert haben und hier Politik machen werden. Das heißt zum Beispiel Eintreten gegen jegliche Militarisierung irgendeines Bereichs unserer Gesellschaft. Militär ist für uns nicht Teil der Lösung, sondern des Problems, siehe Libyen. Also haben z.B. Werbeoffiziere der Bundeswehr in unseren Schulen nichts zu suchen. Und das heißt konsequenter Einsatz gegen Rechtsex-

- 4 tremismus. Bis zu 2,8% der Stimmen für die NPD in Billstedt und Wilhelmsburg, in einzelnen Stimmbezirken sogar über 5%, sind ein Alarmzeichen, ebenso wie die extrem niedrige Wahlbeteiligung dort. Für uns und hoffentlich alle Mitglieder dieser Bezirksversammlung gilt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Was alle Demokraten alarmieren muss, ist die historisch niedrige Wahlbetei-



Die Fraktion:
von links: Olaf
Harms, Sandra
Clemens, Chris-
tine Detamble-
Voss, Renate
Hercher-Reis,
Bernhard Stietz-
Leipnitz

gung. Offensichtlich gehen Menschen nicht mehr zur Wahl, weil sie sich von der Politik keine positive Änderung ihrer Lebenssituation mehr versprechen. Lassen Sie uns deshalb im Interesse der Menschen dafür sorgen, dass sich bei der nächsten Wahl wieder mehr Menschen beteiligen. Dafür müssen wir Bezirkspolitiker etwas

tun, die Koppelung mit der Europawahl ist da wenig hilfreich.

Anders als Herr Drossmann sagt, sind und bleiben wir Opposition in entscheidenden Fragen:

- Hartz IV + Ein-Euro-Jobs bei öffentlichen Aufgaben lehnen wir ab;
- Großprojekte z.B. im Rahmen von IBA und IGS, die Umwelt zerstören statt sie zu schützen, werden wir auch weiterhin nicht mittragen;
- Streichpolitik und Schuldenbremse statt Einnahmeverbesserungen, wie von Herrn Scholz angekündigt, halten wir für grundfalsch;
- Ordnungs- statt Sozialpolitik kommt für uns nicht in Frage. DIE LINKE bezweifelt, dass der angedachte „Sozialausschuss“ alle dort angesiedelten Themen wirklich angemessen behandeln kann;
- wir bekämpfen die Gentrifizierung in den „Szenestadtteilen“ St. Pauli und St. Georg, aber auch anderswo, z.B. in Wilhelmsburg oder Borgfelde;
- wir wollen bezahlbare sozialgebundene Mietwohnungen, nicht noch mehr Renditeobjekte von und für sogenannte Leistungsträger. Es ist eben nicht egal, was für Wohnungen wo gebaut werden.
- wir wollen Bürgerbeteiligung als wirkliche Einflussnahme der Betroffenen, nicht als Beruhigungsspiel angeichts fertiger Pläne der wirtschaftlich Mächtigen. Ob Herr Sachs als Staatsrat da hilfreich sein wird, bezweifeln wir sehr.

Wir gehen davon aus, dass wir in diesen Fragen auch mit anderen Parteien in dieser Versammlung punktuell zusammenarbeiten können. Wir bieten an, Anträge mitzutragen, die auch aus unserer Sicht Verbesserungen für die Menschen insbesondere in benachteiligten Stadtteilen bedeuten

Was die angekündigten Vorschläge zur Neuschneidung der Ausschüsse angeht, hier nur eine Anmerkung: Wir wenden uns gegen die Verkleinerung vieler Ausschüsse zu Lasten unserer personellen Mitwirkungsmöglichkeiten.

Wir werden genau beobachten, wie sich das Verhältnis von SPD Mitte und SPD-Senat darstellt. Möge uns die Aufmüpfigkeit der SPD-Fraktion aus der letzten Wahlperiode gegen Zumutungen des Senats gegenüber dem Bezirk erhalten bleiben. Aber:

- Wir kündigen Gegenwehr an, wenn die Streichungspläne der Finanzsenatoren der CDU einfach fortgeschrieben werden.
- Wir kündigen Gegenwehr an, wenn die Zentralisierungsideen auf Kosten der Bezirke der letzten CDU-Finanzsenatoren weitersponnen werden.

Wir werden weiter mit den Beschäftigten des Bezirksamtes vertrauensvoll zusammen arbeiten. Sie leisten eine sehr gute Arbeit, sie sind dicht dran an den Menschen. Dafür verdienen sie eine vernünftige Bezahlung und nicht etwa, mit ihrem Weihnachtsgeld als Melkkühe für die Haushaltssanierung zu dienen. Allerdings würden wir uns so manches Mal mehr Mut bei den handelnden AmtsleiterInnen und Dezernenten wünschen, wenn es darum geht, Missstände (z.B. verfallende Bauten, Leerstände, Fehlnutzungen von Wohnraum) auch mit rechtlichen Mitteln anzugehen.

Alles, was man wissen muss, steht im Abendblatt:

DIE LINKE rügt Bezirksamtsleiter Markus Schreiber

Auf einer Klausurtagung im März 2011 erarbeiteten die sieben Hamburger Bezirksamtsleiter ein Strategiepapier mit dem Titel „Bezirksverwaltung auf Kurs 2020“ bringen. Dieses Papier wurde auszugsweise im Abendblatt Anfang April veröffentlicht. Da war zu lesen, dass im Bereich der Kundenzentren Personal eingespart werden solle, eventuell sogar Schließungen von Kundenzentren geplant seien. Durch Online-Shops sollen die Bürgerinnen und Bürger von Besuchen und persönlichen Beratungen in den Kundenzentren abgehalten werden. Gleichzeitig könnten neue Einnahmequellen erschlossen werden, indem der Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) personell aufgestockt werde, um unter anderem Bußgelder von Falschparkern und wegen anderer Ordnungswidrigkeiten über die Bezirke einzutreiben.

Interessanterweise wurde noch im Herbst 2010 mit großem Aufwand ein anderes gemeinsames Papier der Bezirksamtsleiter verfasst, in dem sie ganz entschieden gegen Personalabbau und andere Sparmaßnahmen protestierten. Lautstark warnten sie vor der Verschlechterung von Dienstleistungen für die Bürger und Bürgerinnen und

- 6 vor den negativen Folgen, die Einsparungen nach sich ziehen könnten. Denn schließlich kennt niemand die Bedürfnisse der Hamburgerinnen und Hamburger so gut wie die Beschäftigten in den Bezirksämtern. Und das stimmt auch. Daher wurde diese Erklärung an den damaligen CDU/GAL-Senat von allen Fraktionen außer der CDU im Bezirksparlament unterstützt.

Tja, so ändern sich die Zeiten: Jetzt nach der Wahl wird die demokratische Be-



Das Bezirksamt
Mitte

Foto:

Matthias Krüttgen

teiligung der Bezirksversammlungen ausgeschaltet. Anstatt vom Bezirksamtsleiter informiert zu werden, lesen die Abgeordneten im Abendblatt, was in Sachen Bezirkshaushalt passieren soll. Wir als Linksfraktion in Hamburg-Mitte sind überzeugt, dass dieses Vorgehen eine Rüge wert ist. In dem entsprechenden Antrag, den wir in der Aprilsitzung des Hauptausschusses einreichten, forderten wir Markus Schreiber auf, das Papier „Bezirksverwaltung auf Kurs 2020“ unverzüglich der Bezirksversammlung schriftlich zur Verfügung zu stellen. Das hat Markus Schreiber verweigert, weil das Papier geheim sei, er nichts sagen dürfe und sich gar nicht erklären könne, wie diese Informationen in die Presse gekommen seien... Und Falko Drossmann, Fraktionsvorsitzender der SPD, konnte sich wieder einmal darüber aufregen, wie schlecht mit Herrn Schreiber umgegangen wird. Dabei hat Markus Schreiber auf der ersten Sitzung der Bezirksversammlung im März alle Abgeordneten an ihre wichtige Funktion erinnert:

„Die Aufgabe der Bezirksversammlung sei es, vornehmlich die Verwaltung und den Bezirksamtsleiter zu kontrollieren.“ (Protokoll Bezirksversammlung vom 24.3.) Unser Antrag wurde letztlich abgelehnt.

Christine Detamble-Voss, stv. Vorsitzende der Linksfraktion Hamburg-Mitte

Rauchende Köpfe wegen ein paar Glimmstängel

7

Verbote und moralische Empörung, mehr fällt der SPD in Mitte nicht ein, wenn sie hört, dass einige Menschen auf Spielplätzen rauchen und das eine oder andere Bier trinken.

Zur Bezirksversammlung am 16.6.2011 lag ein Antrag der SPD-Fraktion vor, der ein



Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen forderte, verbunden mit der Bitte an den Bezirksamtsleiter Markus Schreiber, die gesetzlichen Möglichkeiten für dieses Verbot zu überprüfen. Markus Schreiber soll außerdem veranlassen, dass zukünftig Verbotsschilder die Eingänge der Spielplätze zieren. Zur Zielgruppe für das Verbot zählen

Foto: -ena

zum Beispiel Eltern, die tagsüber ihren Kindern beim Spielen zuschauen und dabei rauchen. Sicherlich treffen sich befreundete Mamas, die zum Geburtstag mit einem Glas Prosecco anstoßen. Nicht zu vergessen die Opas, die pfeiferauchend ihre Enkel beim Indianerspielen beaufsichtigen. Und dann gibt es noch die Jugendlichen, die sich abends auf den Spielplätzen treffen, knutschen und sicherlich das eine oder andere Bier trinken.

DIE LINKE hat geschlossen gegen dieses Verbot gestimmt, warum?

Abgesehen davon, dass schon in der Vergangenheit Generationen von Jugendlichen sich auf Spielplätzen getroffen haben, um unbeobachtet von Erwachsenen Verbotenes zu tun, können Verbotstafeln diese unkontrollierten Freiräume nicht verhindern. Statt Verbotstafeln aufzustellen, sollte die Bezirkspolitik den Jugendlichen mehr Freizeitangebote und Treffpunkte zur Verfügung stellen. Auf dem Weg ins Erwachsenenleben brauchen Heranwachsende die Chance, eigene Erfahrungen zu machen und eigene Entscheidungen treffen zu lernen. Soziales Verhalten lernt man schließlich nicht durch Verbote, sondern durch gute Bindungen zu Bezugspersonen. Aber mit solchen komplizierten pädagogischen Themen will sich die SPD nicht ausein-

8 anderssetzen. Da soll ein Verbotsschild hin und fertig. Das ist Schaufensterpolitik. Mehr nicht.

Was die rauchenden Eltern betrifft: Oft regeln die Eltern die Rauchproblematik untereinander und wenn wirklich jemand rauchen will oder ein Pfeifchen genießen möchte, natürlich im Abstand zu den spielenden Kindern, wer will das verbieten? Soll der unterbesetzte bezirkliche Ordnungsdienst nun auch dort Sheriff spielen? Für die Kippen sollten allerdings Aschenbecher aufgestellt werden. Die fehlen wirklich. Außerdem ist es für die Kinder wesentlich besser, wenn die rauchenden Eltern mit ihnen rausgehen, wäre ja nicht auszudenken, wenn die Eltern wegen eines Rauchverbotes nicht mehr mit ihren Kindern auf den Spielplatz gingen.

Hilfe!! Hilfe!! Wer verbietet den Katzen, in die Sandkisten zu pinkeln und zu kacken??
Christine Detamble-Voss, Abgeordnete aus St. Pauli

Endlich mehr bezahlbare Wohnungen?!

In der Mai-Sitzung der Bezirksversammlung wurde der Versammlung mit 24 Stunden Vorlauf ein „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau“ in einer vorläufigen Fassung vorgelegt, den der Eimsbütteler Bezirksamtsleiter Sevecke im Auftrag des Senats entworfen hat. SPD-Fraktion und Bezirksamtsleiter legten ihren ganzen Ehrgeiz in die Überredung der Bezirksversammlung zur sofortigen Zustimmung – ohne die Endfassung abzuwarten.

Wir haben in Einzelpunkten Kritik geübt (z.B. in Sachen Konfliktregelung/Demokratie und an der unzureichenden Zielsetzung von 6.000 Wohnungen pro Jahr – wir halten mindestens 8.000 für erforderlich) und erhebliche Zweifel angemeldet, dass es dem Senat gelingt, einen „Pakt mit der Wohnungswirtschaft“ zu schließen, der deren Gewinnstreben außer Kraft setzt. Dennoch überwog bei uns die Übereinstimmung mit den richtigen Zielsetzungen des Vertrages und so haben wir zugestimmt.

Inzwischen liegt die abgestimmte Endfassung vor, nach der den Bezirken Personal und Geld für eine aktive Wohnungsbaupolitik zur Verfügung gestellt werden. Nun gilt es, auf der Bezirksebene die Umsetzung voranzutreiben, dafür zu sorgen, dass mit den zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen auch tatsächlich Wohnungsbauprojekte vorangetrieben und nicht – wie leider bisher oftmals der Fall – „vorhabenbezogene Bebauungspläne“ für irgendwelche Büro- oder Hotelbauten von Großinvestoren erarbeitet werden.

Wir würden allerdings gerne erfahren, wie denn der angekündigte Pakt mit der Wohnungswirtschaft aussieht und welche Zusagen die großen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gemacht haben. Ebenso spannend wäre es, wenn wir erfahren



Foto:
Matthias Krüttgen

würden, welche Rolle Baugemeinschaften künftig in der öffentlichen Förderung spielen sollen.

Und ebenso wird es darauf ankommen, dass die im Vertrag ebenfalls vorgesehene frühzeitige und intensive BürgerInnenbeteiligung Realität wird und nicht unter die Räder der Kontrolle des Ex-Chefs der SAGA, ehemaligen schwarz-grünen Wohnungsbaukoordinators und jetzigen Staatsrats Michael Sachs gerät.

Jede Menge offene Fragen also. Die schlichten Zahlen von Baugenehmigungen reichen da keinesfalls aus, wir brauchen vor allem öffentlich geförderte Mietwohnungen!

Wir werden dranbleiben und die konkrete Umsetzung des Vertrages einfordern.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Abgeordneter aus St. Georg



Für die Erinnerung an alle Opfer politischer Repression

Die »Pieta« von
Käthe Kollwitz in
der Berliner neuen
Wache Unter den
Linden

Foto:
Daniel Schwen

Für die Sitzung der Bezirksversammlung am 16. Juni 2011 hatte die SPD-Fraktion einen Antrag vorgelegt, der die Erinnerung an die Opfer staatlicher Repression fördern sollte. Dabei bezog sich der Antrag auf die Opfer des 17. Juni in der damaligen DDR. Leider ist in dem Antrag ausschließlich vom 17. Juni und der DDR die Rede womit eine sehr selektive Erinnerungskultur angeregt wird. So heißt es:

„Betr.: Wider das Vergessen – Mahnmal zur Erinnerung an den 17. Juni 1953
.... Petitum:

1. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte würdigt den Mut und die Opfer der Demonstranten des 17. Juni 1953.
2. Der Kulturausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wird beauftragt, nach kulturhistorischen Gesichtspunkten im Jahr 2013 in geeigneter Weise an

den Arbeiteraufstand von 1953 zu erinnern. Hierbei soll ausdrücklich auf eine Form der dauerhaften Erinnerung geachtet werden. 11

3. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, den Kulturausschuss in der Findung einer geeigneten Umsetzung zu unterstützen.
4. Der Kulturausschuss unterrichtet die Bezirksversammlung spätestens in der Juni-Sitzung 2012 von den, bis dahin getroffenen Maßnahmen.“

Olaf Harms (DKP), Mitglied der Fraktion DIE LINKE, nahm dazu namens der Fraktion DIE LINKE wie folgt Stellung: „Wir haben in der gesamten Fraktion DIE Linke sehr ausführlich diskutiert und folgende Haltung entwickelt: Wir verstehen den Antrag der SPD-Fraktion so, dass mit ihm an die Opfer staatlicher Repression erinnert werden soll.

In Ihrem Antrag heißt es: „Es ist für das Selbstverständnis einer Gesellschaft bedeutsam, was erinnert und was vergessen wird.“

Dieser Aussage stimmen wir zu. Als LINKE setzen wir uns mit der Geschichte auseinander und versuchen daraus zu lernen, sowohl mit der Geschichte der DDR als auch mit der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei versuchen wir auch, einzelne Aspekte und Geschehnisse im zeitlichen Zusammenhang und gesellschaftlichen Kontext zu betrachten.

Dass es hier unterschiedliche Sichtweisen zu einzelnen Ereignissen geben kann, ist unumstritten.

Im Zuge der Systemkonfrontation, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hat es Repressionen gegen oppositionelle Bestrebungen gegeben. Auch im Westen. Erinnert sei hier zum Beispiel an Philipp Müller, der auf einer Demonstration gegen die Remilitarisierung in den Fünfziger Jahren durch eine Polizeikugel ums Leben kam.

Die Position unserer gesamten Fraktion in der Bezirksversammlung ist eindeutig: Jeder Tote durch staatliche Repression, einerlei ob in Ost oder West, ist ein Toter zu viel. Und es ist richtig, an die Menschen, aber auch an die dahinterstehende Repression zu erinnern, daraus für die Zukunft die Lehren zu ziehen, um Wiederholungen zu vermeiden.

Ob das mit dem Petitum erreicht wird, steht für uns in Frage. Wäre es nicht besser, eine gemeinsame Gedenkveranstaltung, vielleicht ja sogar eine Gedenkwoche im Jahr 2013 durchzuführen, um über staatliche Repression und ihre Folgen aufzuklären?

Wir meinen, das wäre ein sinnvollerer Weg, da hier die Bezirksversammlung aktiv in die Auseinandersetzung mit den Menschen des Bezirks eintritt.

Daher werden wir uns beim Petitum enthalten, aber bewusst nicht dagegen stimmen, denn den Ansatz des Gedenkens teilen wir.“

Große Zustimmung für die Hamburger Energiewende

Wir freuen uns sehr über den Erfolg der Volksinitiative „Unser Hamburg Unser Netz“, die binnen drei Wochen eine stolze Zahl von 116.197 Unterschriften verbuchen konnte. Auch unsere Fraktionsmitglieder haben auf Straßen und Plätzen Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt. Um die Debatte ins Bezirksparlament zu tragen, brachten wir einen Antrag in den Umweltausschuss ein, in dem wir forderten, der Umweltausschuss möge sich hinter das Anliegen der Initiatoren stellen. Da gerade der Bezirk Mitte erheblich von Atomtransporten betroffen ist, wäre dies ein aussagekräftiges Signal gewesen. Leider wurde der Antrag mit den Gegenstimmen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir unterstützen die zentrale Forderung der Initiative für den Rückkauf der privatisierten Energieversorgung. Wir sind der Meinung, Energieversorgung ist ein Grundrecht und gehört in die öffentliche Hand. Nur so ist eine demokratische Kontrolle der Energienetze zu gewährleisten. Energieversorgung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und darf nicht dem Profitinteresse großer Konzerne wie Vattenfall unterworfen sein. Wir sind sicher: Der Rückkauf würde sich



Foto:
Jürgen Mumme

durch die Einnahmenüberschüsse, die dann an den öffentlichen Haushalt fließen, refinanzieren. Weitere Überschüsse könnten für den Ausbau regenerativer Energien genutzt werden. Zudem wollen wir, wie im Volksbegehren gefordert, dass die Angestellten bei den Privatunternehmen dann zu mindestens gleichen Konditionen vom

öffentlichen Arbeitgeber übernommen werden. Wenn es angeblich so schrecklich ist, im öffentlichen Dienst zu arbeiten, warum machen dann so viele Asklepios-Angestellte von ihrem Rückkehrrecht zum öffentlichen Dienst Gebrauch?

Am 19. Juli gab der Senat offiziell das Zustandekommen des Volksbegehrens bekannt. Bis zum 15. Dezember hat er Zeit, das Volksbegehren umzusetzen. Handelt er nicht, kommt es zu einer Volksentscheidung. Wir fordern den Senat jetzt auf, die Forderungen des Volksbegehrens anzunehmen und umzusetzen.

Sandra Clemens, Abgeordnete aus Hamm, für DIE LINKE im Umweltausschuss

Bayern-Imperium bedroht Kiez-Nachbarschaft

Die Presse hat in den letzten Wochen ausführlich berichtet: Deutschlands berühmteste Tankstelle soll dem Erdboden gleich gemacht werden. Dies hat bundesweit nicht nur bei Facebook eine Lawine an Aufschreien hervorgerufen. ESSO an der Reeperbahn ist halt die Kiez-Kult-Tanke schlechthin, bekannt aus unzähligen TV-Dokus.

In Hamburg konzentriert sich der Protest gegen die Abrisspläne zum Glück nicht auf die Tankstelle, sondern auf die Häuser auf demselben Areal, in denen sich 110 Wohnungen befinden, sowie alteingesessene Lokalitäten wie das „Molotow“, die „Mea-nie Bar“, „Planet Pauli“ und „Das Herz von St. Pauli“. Für das Herz von St. Pauli halten nicht nur BewohnerInnen der nach der Tanke nebenan so genannten „Esso Häuser“ dieses Areal. Viele Menschen auf St. Pauli äußern Unmut und Unverständnis über die drohende nächste große Etappe der Gentrifizierung des Viertels. Stadtentwicklungspolitische AktivistInnen aus St. Pauli haben sich mit engagierten BewohnerInnen der Esso Häuser zusammengeschlossen und die „Initiative Esso Häuser – wir sind kein Objekt“ gegründet. Diese Gruppe zeigt: Es gibt sie zur Genüge, die Menschen, die in den Esso Häusern gerne wohnen, trotz der Nähe zum Spielbudenplatz, trotz des Lärms derer, die sich an der Tanke auch nachts mit Getränken eindecken, trotz des Instandhaltungszustands der Gebäude und trotz der großen Spanne an Mieten, je nachdem, wann der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Sie hängen an ihren Wohnungen, in denen sie zum Teil seit den Sechziger-Jahren wohnen, als die Häuser neu waren. Vor allem geht die Angst um, im Falle von Abriss und Neubau keine bezahlbare Wohnung mehr im Viertel zu finden. Denn die meisten von ihnen haben keinen dicken Geldbeutel, unter ihnen sind einige, die auf dem Kiez arbeiten oder dort bis zur Rente tätig waren. Die Angst ist berechtigt, denn auf St. Pauli gibt es kaum noch günstige Wohnungen und bei Neuvermietungen werden

- 14 die Mieten drastisch angehoben. Und selbst wenn sie wider Erwarten eine Wohnung in Kieznähe fänden: Die seit vielen Jahren gewachsene und gut funktionierende Nachbarschaft in den Esso Häusern wäre zerstört.

Hintergrund dieses Schreckens-Szenarios ist der Kauf des Areals mit den Esso Häusern durch die „Bayerische Hausbau“ im Jahre 2009. Der bayerische Immobiliengigant gehört zur „Schörghuber-Gruppe“, die von Josef Schörghuber, dem inzwischen verstorbenen Freund von Franz-Josef Strauß und vermuteten Spender an Helmut Kohl, gegründet wurde. Schörghubers Erbe im geschätzten Wert von 3,5 Milliarden Euro führt inzwischen sein Sohn weiter. Ihm gehört nun nicht nur das Immobilienimperium, das Luxus-Hotels, Shopping-Malls, Büro- und Wohnviertel an exponierten Orten – aktuell z.B. gleich neben dem Areal „Stuttgart 21“ – baut, sondern auch die Paulaner-Brauerei, die Hotel-Kette „Arabella“, der Fertighaushersteller Hanse Haus, die Flugzeugleasingfirma Bavaria und vieles mehr.

Ein paar versprochene Sozialwohnungen machen die SPD zur Genossin der Bosse

Dieses Imperium greift nun nach dem Herzen von St. Pauli, und siehe da: Die SPD-Vorsprecher zu zentralen Bauangelegenheiten im Bezirk Hamburg-Mitte, Andy Grote und Markus Schreiber, haben sie schon auf ihrer Seite. Da braucht der Investor nur mit ein paar Sozialwohnungen zu winken, und gleich wird die SPD in Schröder-Manier zur Genossin der Bosse. So ließ Grote, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, nach Bekanntwerden des Abrissvorhabens verlauten, dass niemand verdrängt werde und mit dem Investor eine Vereinbarung getroffen werden könne, mit der alle jetzigen BewohnerInnen ein Rückkehrrecht in die neuen preisgünstigeren Sozialwohnungen bekämen. Kein Wort dazu, dass der Investor mehr Eigentumswohnungen und frei finanzierte Wohnungen als öffentlich geförderte Wohnungen bauen will, weil sich das Bauvorhaben sonst nicht rechnet. Und was nützen den jetzigen MieterInnen, von denen viele zwar ein geringes Einkommen haben, aber nicht §5-Schein-berechtigt sind, Sozialwohnungen? Sie brauchen ein Rückkehrrecht mit Mietpreisbindung, festgeschrieben in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag. Dass der Investor dies jedoch nicht will, liegt auf der Hand.

Die Bayerische Hausbau gibt sich zwar in der Öffentlichkeit gesprächsbereit und sagt zu, mit der Initiative Alternativen zum Abriss zu diskutieren. Zweifellos war aber schon mit dem Kauf des Areals der unbedingte Wille zum Abriss und lukrativen Neubau vorhanden. Schließlich haben wir es hier nicht mit einer sozialen Wohnungsbaugenossenschaft, sondern mit einem Unternehmen zu tun, das auf einer zügellosen kapitalistischen Verwertungslogik basiert. Von daher verwundert es nicht, dass die Initiative aus der Presse die Ergebnisse von drei Gutachten erfuhr, die der Investor in Auftrag gegeben hatte und die nun belegen sollen, dass eine Sa-

nierung der Häuser mit unangemessenem Aufwand verbunden und nur möglich wäre, wenn die MieterInnen während einer längeren Sanierungsphase die Häuser verließen. Dem hält die Initiative mit Hilfe eines sachverständigen Architekten entgegen, dass eine Instandsetzung der Haustechnik wohnungsweise möglich wäre, zumal eine Reihe von Wohnungen in den Häusern leer stehen. Es gebe einen Instandsetzungstau, aber die Substanz der Häuser sei nicht gefährdet.

St. Pauli braucht das Verruchte, um nicht ein Stadtteil von der Stange zu werden

Auch nach meiner Teilnahme an einem Gespräch des Investors mit VertreterInnen aller Bezirksfraktionen ist für mich klar, dass der Erhalt der Häuser weiterhin Priorität in den Bemühungen haben muss. Von daher habe ich gegen Ende des Gesprächs den Investor aufgefordert, alles für den Erhalt zu tun und einen konsensorientierten Diskurs mit der Initiative zu führen. Sowohl sozial- als auch stadtentwicklungspolitisch sind die Esso Häuser ein heißes Eisen. In der „taz“ schrieb Gernot Knödler: „Mit dem Abriss der Esso-Häuser droht der Reeperbahn ein weiteres Stück ihres speziellen Flairs abhanden zu kommen. Das ist eine Entwicklung, die der Stadt, aber auch Investoren nicht recht sein kann. Denn wenn das Schmutzdelige und Verruchte verschwindet, wird St. Pauli ein Stadtteil wie jeder andere. Für die Stadt kann das nur heißen, dass sie den Wandel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln steuern muss.“



Foto: Markus
Schneider-Johnen

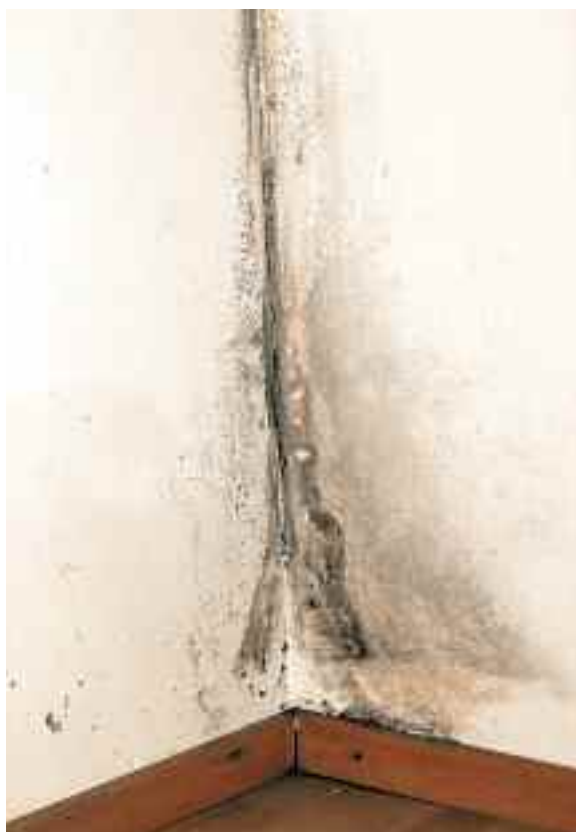
Ein geeignetes Steuerungsmittel ist die Soziale Erhaltungsverordnung im Stadtteil St. Pauli, für die der Senat bereits im Juli 2010 einen Aufstellungsbeschluss ge-

- 16 fasst hat. Mit Hilfe dieser Verordnung können Abriss und Neubau auf dem Esso-Areal auch gegen den Willen der Bayerischen Hausbau untersagt werden, unter Verweis auf den mit dem Abriss- und Neubauvorhaben verbundenen drastischen Wandel in der MieterInnenstruktur. Die Politik hat es also in der Hand, dieses „Biotop“ im Herzen St. Paulis zu schützen. Eben für solche Fälle sollte doch der „Schutzschirm für St. Pauli“ (Andy Grote) dienen. Nun muss er auch angewendet werden. Ansonsten entpuppt sich die Soziale Erhaltungsverordnung für St. Pauli schon im jetzigen Vorstadium als reines Blendwerk.

Markus Schneider-Johnen, aus der St. Pauli-Stadtteilgruppe der LINKEN und zu-
gewählter Bürger im Bauausschuss

Wohnst Du noch oder schimmelt's bei dir schon?

Wohnen südlich der Elbe



Im Frühjahr diesen Jahres sind zahlreiche Mieterinnen und Mieter der Gagfah-Wohnungen im Wilhelmsburger Bahnhofsviertel für schimmelfreie Wohnungen auf die Straße gegangen. Das Wohnungsbauunternehmen Gagfah kommt seit längerem seinen Instandhaltungspflichten in den ehemaligen Eisenbahnerwohnungen nicht nach, was dazu führt, dass die Wohnungen mehr und mehr verfallen.

Das Problem kam auch in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte auf die Tagesordnung. Die SPD hatte einen Antrag eingebracht,

in dem sie die Gagfah zum Handeln auffordern wollte. Wir haben diesen Antrag grundsätzlich begrüßt. Er ging uns aber nicht weit genug: Wir wollten den Passus in den Antrag einfügen, dass das Bezirksamt konsequent das Wohnraumschutzgesetz anwenden möge. Dies lehnten die übrigen Fraktionen mehrheitlich ab. Wird das Gesetz bis zur letzten Konsequenz angewandt, drohen Ordnungsgelder von 50.000 Euro pro Verstoß, wenn der Eigentümer seinen Pflichten nicht nachkommt. Da das Wohnraumschutzgesetz nun doch keine Erwähnung im Antrag fand, hat die Gagfah keine Konsequenzen zu befürchten, wenn sie ihre Wilhelmsburger Wohnungen weiterhin verschimmeln lässt.

Bisher von der Politik unbeachtet, kämpfen auch Mieterinnen und Mieter eines anderen Wohnungsunternehmens gegen Schimmel in ihren Wohnungen. Ein ähnliches Problembild zeichnet sich nämlich auch bei der Nordelbe ab. Das Unternehmen beschäftigt eigene Hausmeister, deren Aufgabenbereiche genau definiert sind. Unter anderem gehört die Reparatur von undichten Abwasserrohren dazu. Wenn undichte Wasserleitungen nicht repariert werden, kommt es leicht zu Schimmelbildung. Sind zudem noch Fenster undicht, kann sich schwarzer Schimmel bilden. Ein solcher Befall ist nur durch eine fachgerechte Behandlung wieder zu beseitigen. Das ist zeit- und kostenintensiv, aber wegen der sehr hohen Gesundheitsgefahr unausweichlich.

Im Namen der Linken Wilhelmsburg/Veddel habe ich einen Brief an die Nordelbe geschrieben, in dem ich auf den schwarzen Schimmel in einer Wohnung in der Harburger Chaussee hinwies. Nun ist mir von einer zweiten Wohnung in der Harburger Chaussee berichtet worden. Auch hier hat sich der schwarze Schimmel breit gemacht. DIE LINKE wird auch für diese Wohnung eine umgehende fachgerechte Sanierung oder eine Ersatzwohnung einfordern. In einem Antwortschreiben teilte die Nordelbe mit, dass der genannte Hausmeister nicht zuständig sei. Wie der Mieter der betreffenden Wohnung uns inzwischen mitteilte, hat die Nordelbe jemanden in die Wohnung geschickt, der den Pilz mit einem Spray behandelt und die Stelle übergestrichen hat. Ob dies ausreicht? Wir baten die Nordelbe um Stellungnahme, ob sie Proben des Pilzes entnommen und ihn spezifiziert habe. Wenn er nicht fachgerecht entfernt wurde, kann der Schimmelbefall wieder auftreten. Eine Antwort steht noch aus.

DIE LINKE fordert weiterhin, dass Hamburg das Wohnraumschutzgesetz konsequent anwendet und Immobilienunternehmen im Härtefall verklagt, wenn diese ihren Sanierungs- und Unterhaltungspflichten nicht nachkommen.

Manfred Schubert, Sprecher der LINKEN im RA Wilhelmsburg/Veddel

Die bewundernswerte Großzügigkeit von igs-Managern.

Jetzt ist es raus: Die Wilhelmsburger_innen erhalten jede_r 2 Freikarten für den Parkbesuch der igs 2013.



Foto: Renate Hercher-Reis

Nein, nicht wie Sie denken. Es sind nicht zwei Freikarten in der Woche. Auch nicht zwei Freikarten im Monat. Es ist gedacht für die gesamte Zeit der Ausstellung. Also April 2013 bis September 2013. Seit 2009 kann keine Wilhelmsburgerin und kein Wilhelmsburger mehr im Park an der Mengestraße spazieren gehen, im Sommer grillen oder ganz einfach auf der Parkbank sitzen um ein wenig zu lesen. Denn der Park ist seit diesem Zeitpunkt eingezäunt. Gearbeitet wurde zu Anfang wenig. Jedenfalls sah man selten irgendwelche arbeitenden Menschen im Park. Im Moment reißt man bereits vorgenommene Arbeiten wieder ab.

Und nach dem Ende der Ausstellung im September 2013 müssen die Wilhelmsburger Bürger_innen auch erst wieder abwarten, bis Teile der wunderschön angelegten künstlichen Gärten wieder abgebaut werden. Erst dann können sie ihren Bürgerpark, der nach der Abholzung Unmengen großer Bäume dann viel schöner sein soll, wieder betreten. Da ist es doch sehr generös von den Herren der igs, den Menschen zwei Mal zu erlauben, ihren Park zu betreten.

Renate Hercher-Reis, Abgeordnete aus Wilhelmsburg

Wie Planern immer die Wirklichkeit in die Quere kommt

am Beispiel Wilhelmsburger Reichsstraße.

Die Wilhelmsburger Spatzen, die sich mit dem Thema „Verlegung der Reichsstraße“ in autobahn-tauglicher Breite auf die Wilhelmsburger Bahntrasse schon länger beschäftigten und erbitterten Widerstand gegen diesen Plan leisteten, piffen es seit geraumer Zeit von den Dächern: „Eine Verlegung der Reichsstraße bis zum Anfang der igs (Internationale Gartenbauausstellung) im Frühjahr 2013 ist bei den noch anstehenden Planverfahren und der anschließenden Realisierung gar nicht mehr möglich.“ Anschaulich nachlesbar ist dies auf der Website der Planungsgesellschaft DE-

GES. Es war also kein wirkliches Geheimnis oder eine besonders schlaue Erkenntnis der Wilhelmsburger_innen. Nun ist diese Erkenntnis wohl auch zum Hamburgischen Senat und zu den verantwortlichen Planern durchgedrungen. Denn nun heißt es auch von offizieller behördlicher Seite, dass die Realisierung dieses Projektes bis zum Anfang der igs 2013 nicht mehr stattfinden wird.



Flugs stellten die Grünen einen Antrag auf Schließung eines Teilstückes der Reichsstraße zu den Zeiten, wenn die Besucher der igs sich an der neu geschaffenen künstlichen Natur, für die viel echte Natur weichen musste, erfreuen sollen. Dumm nur, dass dies auch die Zeiten des höchsten Verkehrsaufkommens der Straße sind. Wo diese Fahrzeuge stattdessen fahren sollen, wurde gar nicht erörtert. Schließlich geht es um täglich 55.000 Fahrzeuge. Mindestens drei Viertel von diesen Fahrzeugen dürften sich dann genau zu den Zeiten der Sperrung ihren Weg durch Wilhelmsburg suchen. Hingewiesen wurde auf den ausstehenden Verkehrsplan für den Hamburger Süden. Dieser wurde auf unentwegtes Fordern der Wilhelmsburger Bürgerinitiativen und der Politik von der grünen Senatorin der Vorgängerregierung angefertigt, vom neuen Senat aber offensichtlich zurückgehalten. Ob dieser eine Antwort auf das obige Problem hat, weiß daher auch niemand bisher so genau.

Spannend wäre die Sperrung allerdings schon. Unter der Voraussetzung, dass man den Verkehr, besonders den LKW-Verkehr, intelligent aus oder in den Hafen und von Nord nach Süd und umgekehrt, umleitet und aus Wilhelmsburg raushält, könnte man feststellen, ob es tatsächlich nötig ist, eine noch breitere Verkehrsstraße mitten durch Wilhelmsburg zu bauen.

Renate Hercher-Reis, Abgeordnete aus Wilhelmsburg

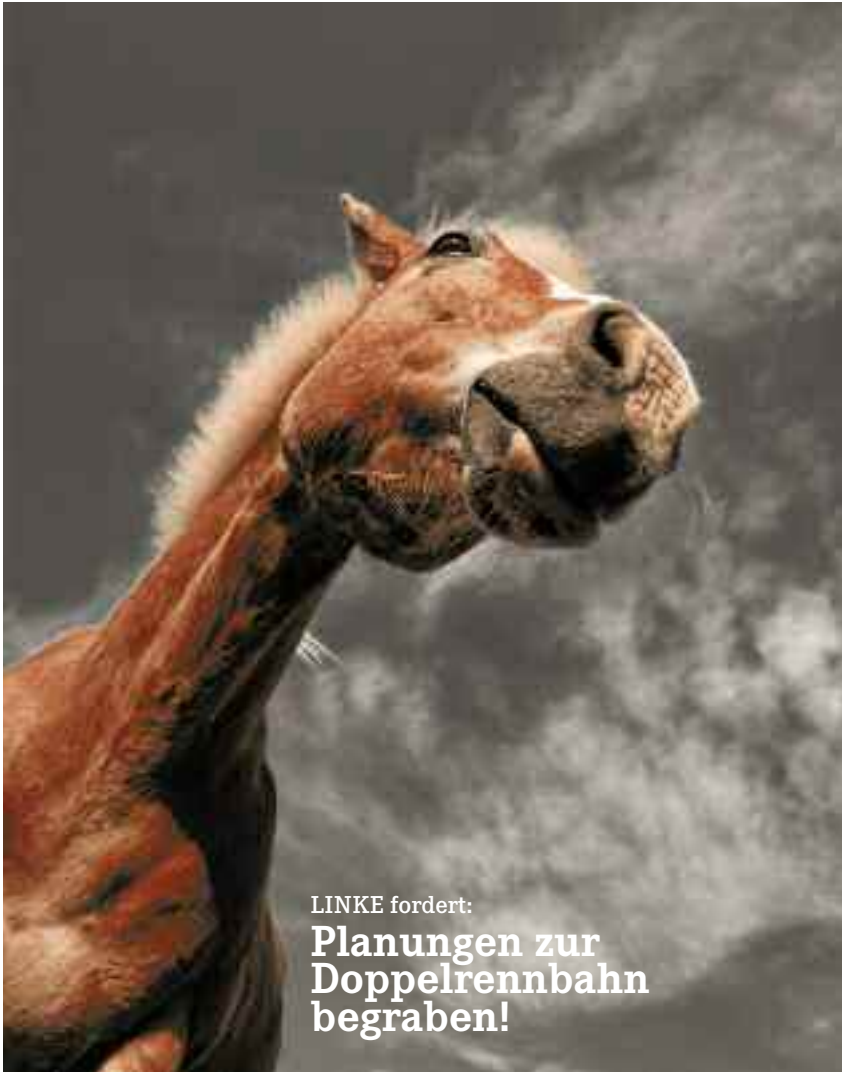


Foto: fotolia

Vor gut einem Jahr hat der damalige Bürgermeister Ole von Beust (CDU) die geplante Doppelrennbahn, welche auf dem Horner Derbygelände entstehen sollte, aus Kostengründen abgelehnt. Mindestens 30 Millionen Euro hätten die Verlagerung der Trabrennbahn Bahrenfeld und der Umbau des Geländes an der Horner Rennbahnstraße erfordert. Eine Summe, die sich für den sowieso schon subventionierten Pferderennsport, dessen Umsätze und Wetteinnahmen seit Jahren rückläufig sind und der sich immer schon vor allem als Hobby gutsituierter Schichten und reicher Rennstallbesitzer darstellte, nicht mehr rechtfertigen ließ.

Seitdem nun ausgerechnet Beusts sozialdemokratischer Amtsnachfolger Olaf Scholz die bereits beerdigte Doppelrennbahn wieder reanimieren will – Anfang Juli war zumindest schon einmal von einer Prüfung durch eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe zu lesen – kommt Unruhe in der Anwohnerschaft auf. Unter den Horner BürgerInnen wächst die Sorge, dass ihnen die Nutzung des Geländes verloren gehen oder stark eingeschränkt werden könnte und erhebliche Belastungen hinzu kommen dürften, denn die Planungen sehen die Vergabe des Geländes an einen Investor vor, der das Gelände natürlich gewinnbringend vermarkten möchte. So überraschend die Senatsankündigung für die Öffentlichkeit ist, so zufrieden äußern sich die Millionen schweren Freunde des Pferderennsports wie Vizepräsident, Züchter und Kaffeekönig Albert Darboven sowie die Tchibo-Unternehmerfamilie Herz. Sie wittern Morgenluft für ihr Interesse, die Herstellung einer Doppelrennbahn weitgehend staatlicherseits finanzieren zu lassen.

Werden die 2010 ad acta gelegten Planungen nun wieder hervorgekramt und unter der SPD eins zu eins verwirklicht, so blieben von den 35 Hektar Gesamtfläche voraussichtlich nur noch 10 Hektar als Grün- und Erholungsfläche im zentralen Bereich erhalten. Zudem wäre die öffentliche Nutzung des Geländes in Zukunft mehr als fraglich, da private Investoren natürlich ihre „Einlagen“ gewinnbringend wieder „herausholen“ wollen. Anstatt einer jährlich einwöchigen Nutzung des Geländes für das deutsche Galoppderby würde die Frequentierung durch den Pferdesport beträchtlich zunehmen: Hinzu kämen rund 60 Trabrennveranstaltungen unter der Woche und an Wochenenden, mit allen damit einhergehenden Folgen wie der Sperrung des Geländes für die Öffentlichkeit (so es überhaupt noch einen Rest von freiem Zugang gibt), Veranstaltungslärm und Verkehrsbelastungen in der näheren Umgebung. Nicht zu vergessen wären auf jeden Fall auch noch die zurzeit gar nicht genauer zu benennenden Trainingszeiten für die Jockeys etc.

Auslöser für die Wiederaufnahme des Themas sind die Folgen der chaotischen Koppelgeschäfte der schwarz-grünen Vorgänger-Regierung. Die Verlagerung der Trabrennbahn Bahrenfeld ist eine Voraussetzung für den Verkauf des Geländes an einen Investor für den Wohnungsbau (im Gespräch sind vor allem hochpreisige Eigentumswohnungen). Mit den Erlösen soll z.T. der geplante Lärmschutzdeckel für die Autobahn 7 zwischen dem Elbtunnel und Stellungen und eben der Bau der Doppelrennbahn in Horn finanziert werden. Da eine Zusage des Bundes zur Finanzierung der A7-Verbreiterung von sechs auf acht Spuren angeblich besteht, wird der Deckelbau umso dringlicher.

Weitere Konfliktherde dräuen: Die Kündigung von KleingärtnerInnen nahe der Autobahn – auch hier soll Fläche für Wohnungsbau geschaffen werden – sorgte für reichlich Auseinandersetzungen, letztlich wurde ein Bürgerbegehren zum Erhalt der Parzellen vom Senat kurzerhand evoziert. Doch die Sache hängt seitdem, ebenso wie

22 das Anliegen des Sportvereins Altona 93, der schon mal im Vertrauen auf ein neues Gelände auf dem A7-Deckel seinen Trainingsplatz an die Stadt verkauft hatte und nun aber feststellen muss, dass der Ersatz bestenfalls in weiter Ferne liegt. Öffentlich geförderte, also erschwingliche Sozialwohnungen waren übrigens in keinem Falle vorgesehen – nicht auf dem Trabrennbahngelände, nicht auf den Kleingartengrundstücken, nicht auf dem Sportplatzgelände –, ging es dem CDU-GAL-Senat doch darum, möglichst hohe Gewinne über die Grundstücksverkäufe zu erzielen.

Zurzeit werden jedenfalls Gespräche mit den Fürsten der Rennsportvereine geführt, Planungen für eine Reanimation der totgeglaubten Doppelrennbahn, die wieder einmal unter Ausschluss der Öffentlichkeit und vor allem der von den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen bedrohten Horner Bevölkerung laufen. Für den Herbst hat der Senat angekündigt, über den Sachstand der Kombibahn und der Verkettungen zu berichten. Die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft will allerdings schneller Licht in die Sache bringen und hat am 18.7.2011 eine umfangreiche Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat auf den Weg gebracht.

Die Antworten bestätigen unter anderem, dass bereits über eine halbe Million Euro in die Planungen der Kombirennbahn geflossen sind.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

- die Pläne zum Bau einer Doppelrennbahn ersatzlos gestrichen werden;
- die Finanzierung des A7-Deckels über Kredite vorgenommen wird;
- die Kleingärten in Altona/Bahrenfeld erhalten bleiben;
- auf dem Gelände der Trabrennbahn Bahrenfeld Sozialwohnungsbau zustande kommt.

Für detaillierte Informationen zur Auseinandersetzung sei auf die vor gut einem Jahr erschienene Broschüre „Begrabt die Rennbahn an der Kehre des Geläufs“ verwiesen. Sie ist im Internet über die Website der Linksfraktion herunterzuladen: http://www.linksfraktion-hamburg.de/fileadmin/user_upload/PDF/DIE_LINKE_HH_Fraktion_Horner_Rennbahn_Broschuere.pdf

Joachim Bischoff (MdHBü), Antje Schellner und Michael Joho

Horner Freiheit – für wen und wie lange?

Braucht Hamburg-Horn ein Stadtteilhaus? Das wird wohl kaum jemand bestreiten. Denn trotz der städtischen Bemühungen, den Entwicklungsraum »Billstedt-Horn gemeinsam vorn« zu sehen, fehlt dem in mancherlei Hinsicht benachteiligten Stadtteil nach wie vor eine lebendige Mitte. Im Sommer 2011 sollte nun endlich das parteiübergreifend unterstützte Stadtteilzentrum »in trockenen Tüchern« sein. Auf einer In-

formationsveranstaltung am 7. Juli 2011 wurde der »Entwicklungsstand« präsentiert. Michael Mentz von Arbeit und Leben Hamburg e.V./Billenetz berichtete über die zukünftigen Nutzungsstrukturen. Anschließend stellte Ronald Knaack vom Büro Knaack & Prell Architekten den aktuellen Stand des baulichen Entwurfs vor. Zudem wurden die Gewinner des öffentlichen Namenswettbewerbs zum Stadtteilhaus bekannt gegeben. Der Vorschlag »Horner Freiheit« machte das Rennen und so soll das Stadtteilhaus dann auch heißen.

Stadtteilhaus als Public Private Partnership

Wichtiger war an diesem Abend allerdings eine andere Information: Überraschend für anwesende Bürgerinnen und Bürger und insbesondere Bezirksabgeordnete der LINKEN wurde ein privater Investor, Dr. Andreas Feldhahn, Geschäftsführer der gallo dux GmbH, »aus dem Hut gezaubert«. Er soll das für das Stadtteilhaus auserkorene Grundstück (den Parkplatz Am Gojenboom) übertragen bekommen, um darauf – mit einem städtischen Baukostenzuschuss – das Gebäude zu errichten. Neben der Information, dass es ein Auswahlverfahren unter verschiedenen investitionsbereiten Betreibern gegeben hatte, irritierte der Umstand, dass das Stadtteilhaus als Public Private Partnership entstehen soll und dementsprechend nicht gemeinnützige, sondern gewinnorientierte Interessen bei der Unterhaltung maßgebend sein werden. Die Tatsache, dass der Investor es auf der Veranstaltung offenherzig auch als »ein Stück weit Altersversorgung« deklarierte, wird viele von Altersarmut bedrohte BürgerInnen des Stadtteils besonders freuen.

Den Überraschungseffekt wiederum bestreitet die Verwaltung auf eine Kleine Anfrage vom 18. Juli 2011: Man habe seit Jahren eine umfassende Informationspolitik praktiziert. Andererseits wird zugegeben: Bei dem neu entwickelten Modell des Stadtteilhauses Horn handele es sich um ein Pilotprojekt. Derzeit gebe es keine Beispiele mit identischen Rahmenbedingungen und Lösungen. Das Stadtteilhaus werde im Sinne eines Community Centers (CC) entwickelt. Offenkundig ist jedoch die »Information« so geschickt erfolgt, dass zumindest den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE die äußerst problematischen Rahmenbedingungen bis dahin entgangen sind. Dabei verfestigt sich der Eindruck, dass im Zuge der durchaus wort- und bildreichen Öffentlichkeitsarbeit im Entwicklungsraum Billstedt-Horn das Thema bewusst verschleiert wurde. Auch auf der Homepage zum Stadtteilhaus, im Einladungsflyer zum Namenswettbewerb und in der Stadt(teil-)presse sind bislang keine Informationen zur Investorkonstruktion und zur Veräußerung des Grundstücks zu finden.

Laut Auskunft der Verwaltung wurde die Entscheidung durch das Bezirksamt Mitte getroffen und im Lenkungskreis Billstedt-Horn »unter Beteiligung der kommunalpolitischen Vertreter« am 11. November 2010 erörtert. Das vorgestellte Modell sei dort einvernehmlich begrüßt worden. Entscheidende Gründe für die Wahl des Investors (für die,

**Alles
öffentlich?**

- 24 wie nebenbei gesagt wird, ein formelles Ausschreibungsverfahren nicht für nötig befunden wurde) seien sein großes thematisches Interesse, sein Engagement und seine Flexibilität sowie seine Erfahrungen mit gemeinbedarfsorientierten Projekten gewesen.

Jedenfalls ist sich das Bezirksamt sicher, alle Bürgerinnen und Bürger ausführlich informiert zu haben. Im öffentlich tagenden Forumsbeirat Billstedt-Horn und im Lenkungskreis Billstedt-Horn werde kontinuierlich über das Stadtteilhaus Horn informiert, auch auf dem jährlichen Stadtteilstfest habe es Informationen gegeben. Im Fachausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte werde zum Projekt ebenfalls durch das Bezirksamt berichtet. Wie diese Form der Beteiligung genau aussieht, muss allerdings weiter unter die Lupe genommen werden, wenn entscheidende Inhalte dabei unklar bleiben.

Im Übrigen habe die Kommission für Bodenordnung auch unter Einbindung der bezirklichen Vertreter am 10. März 2011 dem geplanten Verkauf des Grundstücks an die gallo dux GmbH + Co KG zugestimmt. Die Crux dabei: In diese Kommission werden von der Bezirksversammlung nur zwei Vertreter gewählt, über deren Tätigkeit in der Bezirksversammlung nicht berichtet wird.

Der Vertrag ist noch nicht unterschrieben

Der entsprechende Kaufvertrag liege im Entwurf vor. Dem Bauvorhaben sei in der bezirklichen Baukommission und in der Baukommission der zuständigen Behörde zwischenzeitlich zugestimmt worden, die Baugenehmigung werde durch das zuständige Bezirksamt in Kürze erteilt. Was das ganze Projekt letztlich die Stadt kosten wird, steht noch in den Sternen: In Aussicht genommen sei eine Förderung »des investiven Teils« aus Mitteln der Integrierten Stadtteilentwicklung. Die Startphase des Betriebs soll als Modellvorhaben im Rahmen des Programms »Die soziale Stadt« aus Fördermitteln des Bundes anteilig finanziert werden. Hinsichtlich weiterer Finanzierungspartner und des Umfangs von Finanzierungsbeiträgen bestehe noch Klärungsbedarf. Da beruhigt es auch nicht, wenn verkündet wird, dass das Nutzungskonzept zwischen den Nutzungsinteressenten und dem zuständigen Bezirksamt abgestimmt und die Zweckbestimmungen sowie die gewünschte Mindestlaufzeit für das Stadtteilhaus fixiert worden sein sollen – der entsprechende Vertrag ist jedenfalls noch nicht unterschrieben. Mit einem Zuwendungsantrag wird im Laufe des August 2011 gerechnet, die Fertigstellung des Stadtteilhauses ist für Ende des ersten Quartals 2013 geplant. Vorher gibt es noch viele Fragen zu klären, damit die »Horner Freiheit« die Bürgerinnen und Bürger nicht teuer zu stehen kommt und sie ihnen – nach jahrzehntelangen Vertröstungen – mehr als 20 Jahre zur Verfügung steht.

Marion Fisch (zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde)
Joachim Bischoff (Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft)

Von diesem Text gibt es eine ausführlichere Fassung im Bürgerinnenbrief 11081
<http://www.die-linke-hamburg-mitte.de/>

Viele Fragen
bleiben offen

Strom – aus Atom

25

von Georg Huber 2011

*(Gr-) Hell wird´s am Horizont,
ein „Alt-Gespenst“ sich sonnt:
Wie Phönix aus der Asche
steigt „Kern-Geist“ aus der Flasche.
Es hat die Kernkraft gern
der Energiekonzern,
und auch die Politik
dreht mit am Strahlen-Strick!*

*Ref: Macht endlich wieder Strom,
Strom aus Atom,
Strom, billig und viel!
Weit weg ist Tschernobyl!*

*Die Nachbarn machen´s vor:
England ist der Motor,
auch senden die Franzosen
radioaktive Dosen.
Kernkraft als Staaten-Ziel!
Bei Vorbildern so viel´
muss Deutschlands Wirtschaft mit,
sonst kommt sie aus dem Tritt!*

Ref: Macht endlich wieder Strom, ...

*Auch für den Klimaschutz
ist nur Atomkraft nutz!
Die Umwelt wird viel heiler
durch viele neue Meiler!
Saubere Energie
alternativ geht nie!
Allein das Atom-Ei
ist frei von CO-zwei!*

Ref: Macht endlich wieder Strom, ...

*Den Rest-Müll atomar
macht Aufbereitung rar,
Dreck, der dann noch existiert
wird „ganz sicher“ deponiert.
Der Kerngegner-Phobie
ist „Plutonimanie“!
Ein Meiler jedenfalls
kann explodier'n „niemals“!*

Ref: Macht endlich wieder Strom, ...

*Das bisschen Cäsium,
das bringt schon keinen um;
auch gab´s im Lande nie
die Kinder-Leukämie!
Der Mensch ist superschlau
managet den Supergau!
So schön als wie gemalt
drum unsre Zukunft „strahlt“!*

Ref: Macht endlich wieder Strom, ...

*Nachsatz zum März 2011
Seht nach Fukushima,
dort klappt Kernkraft prima;
munter der Reaktor schmilzt,
Stromkonzern mit Staat verfilzt!
In Statements man nur lügt,
im Chaos noch betrügt!
Hilflos...! Voll Tatenwut!
Land verstrahlt ...! Wird schon gut!*

*Ref: Macht endlich wieder Strom,
Strom aus Atom,
Strom, billig und viel!
Weit weg ist Tschernobyl!*

Quelle: <http://www.duigatscho.de/>

Wer macht was?

Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

Bezirksfraktion

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.) stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de
245740

Christine Detamble-Voss christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de
(stv.Vors.) 4399672

Sandra Clemens Sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de
0175 740 79 09

Olaf Harms olaf.harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de
28576908

Renate Hercher-Reis renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de
70012033

Tilman Rosenau (Geschäftsführer) geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de
28576908

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle.

Ausschüsse

Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Anja Post-Martens

Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Renate Hercher-Reis

Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Bau- und Denkmalschutzausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen · Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Ausschuss für Haushalt und regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis · Ständiger Vertreter: Olaf Harms

Kulturausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz · Ständiger Vertreter: Norbert Eichstädt

Verkehrsausschuss

Stellv. Vorsitzende: Renate Hercher-Reis · Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Umweltausschuss

Sandra Clemens · Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

Olaf Harms · Ständiger Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz

Ausschuss für Sozialraumgestaltung

Christine Detamble-Voss

Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Sportausschuss

Sandra Clemens · Ständiger Vertreter: Stefan Dührkop

Cityausschuss

Christine Detamble-Voss · Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Kerstin Fremder-Sauerbeck · Ständige Vertreter: Dirk Kölsche, Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau

Bernhard Stietz-Leipnitz · Ständiger Vertreter: Dirk Kölsche

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Manfred Schubert, Olaf Harms · Ständige Vertreter/in: Stefan Dührkop, Christine Wolfram

Unterausschuss Bau

Olaf Harms · Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmannsberg

Renate Hercher-Reis, Tilman Rosenau · Ständige Vertreterin: Britta Everding

Unterausschuss Bau

Wolfgang Strauß · Ständiger Vertreter: Willi Mittelstedt

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Sandra Clemens, Marion Fisch. Ständiger Vertreter: Tim Golke

Unterausschuss Bau

Sandra Clemens · Ständiger Vertreter: Tim Golke

Beteiligungsgremien

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6/Berta-Kröger-Platz: Christine Wolfram

Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S 5 Südliches Reiherstiegviertel: Jörg von Prondzinski

Sanierungsgebiet St. Pauli S 5 Wohlwillstraße: Holger Knorr, Vertretung: Verena Brachvogel

Stadtteilrat für Rothenburgsort: Bernhard Stietz-Leipnitz

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Berno Schuckart

Quartiersbeirat Münzviertel: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Steffen Leipnitz

Quartiersbeirat Osterbrookviertel: Marion Fisch

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg: Renate Hercher-Reis, Manfred Schubert

Stadtteilrat Veddel: Stefan Dührkop, Vertreter: Helmut Stein

Forumsbeirat Billstedt/Horn: Willi Mittelstedt

Stand: 18.8.2011

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Büro Wilhelmsburg:

Georg-Wilhelm-Straße 7a

DIE LINKE.

**Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte**

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg Mitte

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

August 2011, Auflage 1000

Satz und Layout: Drucktechnik

Fotoredaktion: Matthias Krüttgen

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.